



POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

ÜBERSICHT

- **Die Weltbank lobt die Slowakei**
- **Reform des Gesundheitswesens**
- **Kräfteverteilung zwei Jahre nach den Parlamentswahlen**
- **Info-mail**

Die Weltbank lobt die Slowakei

Die Slowakei habe 2004 weltweit den größten Fortschritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmer gemacht, so der Jahresbericht der Weltbank (WB). Dieser vergleicht die Wirtschaften in 145 Ländern der Welt und setzt die Slowakei auf Platz 18. Von den postkommunistischen Ländern wurde die Slowakei nur von Litauen überholt.

Das Ergebnis erfolgte nach Auswertung von fünf Kriterien – Möglichkeiten zur Gründung eines Unternehmens, Flexibilität des Arbeitsmarktes, Zugänglichkeit von Krediten, Eintreibung der Verträge und Auflösung von Unternehmen.

„Dieses Ergebnis traf dank den grundlegenden Reformen ein“ so der Premierminister Mikuláš Dzurinda (SDKU) zu der Analyse der WB. Für die Gründung von Unternehmen brauchen Unternehmer kürzere Zeit und die Gründung ist billiger als früher. Nach der Durchführung der Arbeitsmarktreform gehört nun die Slowakei zu den Staaten mit den niedrigsten Kündigungskosten und dem besten Gläubigerschutz. In den letzten fünf Jahren stieg der Anteil der Kleinunternehmen und Gewerbetreibenden an Beschäftigung von 56 auf 66 Prozent.

Reform des Gesundheitswesens

Mit 81 (von 150) Stimmen verabschiedete das Slowakische Parlament am 21. September 2004 die ersten zwei der insgesamt sechs Gesetze zur Reform des Gesundheitssystems: das Gesetz über die Krankenversicherung und das Gesetz über die Krankenkassen. Für beide Reformgesetze stimmten zusammen mit den 69 Koalitionsabgeordneten auch 11 unabhängige Abgeordnete, unter ihnen der stellvertretende Vorsitzende des Freien Forums (SF) Ivan Šimko. Die Gesetze unterstützte auch der Oppositionsabgeordneter Bohumil Hanzel vom Smer.

Die Reform beinhaltet folgende wichtige Maßnahmen:

- Transformation der Krankenhäuser und Krankenkassen in Aktiengesellschaften,
- die Tätigkeit der Krankenhäuser und Krankenkassen wird eine Aufsichtsbehörde kontrollieren. Die Mitglieder des Aufsichtsrates dieser Behörde werden vom Parlament gewählt,
- Verpflichtung der Krankenkassen, mit jedem Interessenten einen Vertrag über Krankenversicherung abzuschließen,
- Einführung von fakultativer Krankenzusatzversicherung.

Kräfteverteilung zwei Jahre nach den Parlamentswahlen

Zwei Jahre nach den Parlamentswahlen 2002 hat die slowakische Regierung keine Mehrheit im Parlament. Die Zeiten der knappen, aber ausreichenden Mehrheit von 78 der 150 Sitze im Parlament sind längst vorbei und die Regierung muss sich auf ad hoc Unterstützung der sog. unabhängigen Abgeordneten verlassen. Auf der anderen Seite ist auch die Opposition (HZDS, Smer und KSS) nicht im Stande, eine Mehrheit zu bilden.

Aktuelle Kräfteverteilung

Partei	Wahlergebnis in %	Sitze 2002	Sitze 2004
SDKU	15,1	28	22
SMK	11,2	20	20
KDH	8,2	15	15
ANO	8	15	12
Koalition	42,5	78	69

HZDS	19,5	36	26
Smer	13,5	25	25
KSS	6,3	11	9
Opposition	39,3	72	60
Unabhängige		0	21

Zurzeit stützt sich die Regierung nur auf 70 Parlamentsabgeordnete (aus 150) der SDKU, SMK, KDH und ANO (Bemerkung: Die Abgeordnete Plháková hat zwar die Fraktion der SDKU verlassen, sie unterstützt aber auch weiterhin die Regierungskoalition.)

Die intensiven Verhandlungen zwischen Premierminister M. Dzurinda und den unabhängigen Abgeordneten gerieten bisher zu keinem konkreten Ergebnis.

Info-Mail

Das Angebot der italienischen Firma Enel für 66% Aktien der Slowakischen Elektrizitätswerke (Slovenske elektrarne, SE) wurde von der für die Beurteilung der Angebote zuständigen Kommission als bestes beurteilt und dem Wirtschaftsminister Pavol Rusko (ANO) als Gewinner (vor tschechischer Gesellschaft CEZ und russisch-deutschem Konsortium RAO UES&OstElektra) der öffentlichen Ausschreibung vorgeschlagen. Die Empfehlung der Kommission ist für den Wirtschaftsminister nicht verbindlich und er will sich erst in den nächsten Tagen endgültig entscheiden, welche Firma er der Regierung vorschlagen wird. Enel bot für die 66% der Aktien des Unternehmens 840 Mil. Euro (33,6 Mrd. SKK) an. Die Privatisierungskommission zog technische (10%) und finanzielle (90%) Kriterien in Erwägung. Die Firma verpflichtete sich in ihrem Angebot weiter dazu, zwei Blöcke des Kernkraftwerkes Jaslovske Bohunice –A1 und V1- bis zum vorausgesetzten Termin ihrer Einstellung im 2006 (bzw.2008) zu betreiben. Ferner äußerte Enel die Bereitschaft zur Fertigstellung des Atomkraftwerkes Mochovce +++ „Die Slowakische Republik könnte den Euro im 2009 einführen“, so Finanzminister Ivan Mikloš (SDKU). +++ Rapides Wirtschaftswachstum hält in der Slowakei an – Der BIP stieg im zweiten Quartal um 5,4%. Das Wachstum wird nicht vom Export, sondern von Unternehmensinvestitionen und dem privaten Konsum getragen. Die Arbeitslosigkeit bleibt jedoch weiterhin hoch. +++ Im Laufe der ersten sechs Monate diesen Jahres gewann die Slowakei direkte Auslandsinvestitionen im Gesamtumfang von fast 20 Mrd. SKK. Gegenüber dem Jahr 2003 hat sich der Erfolg der Slowakei beim Gewinnen von ausländischen Investitionen erhöht, da diese im 2003 rund 37,8 Mrd. SKK gelangten. +++ Die „Initi-

ative gegen den EU-Verfassungsvertrag“, die die konservative außenparlamentarische Partei OKS und das Stefanik-Institut bereits im August ins Leben gerufen hatten, startete am 1. September eine Petition für die Ausschreibung eines Referendums über den EU-Verfassungsvertrag. Damit soll die Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages vom Parlament verhindert werden. +++ Der Koalitionsrat einigte sich über das von Finanzminister Ivan Mikloš (SDKU) vorgelegte Staatsbudget für 2005 noch nicht. Die Forderungen der ANO, SMK und KDH, die mehr Geld für die von ihren Parteikollegen geführten Ministerien verlangten, überschreiten die geplanten Ausgaben um 10 Mrd. SKK. Laut SDKU-Vorsitzenden Mikuláš Dzurinda habe trotzdem keine der Parteien das Ziel, das geplante Defizit von 3,4% des BIP in Frage gestellt. Nach der Einrechnung der Kosten für die Rentenreform sollte das Defizit im 2005 3,8% erreichen. Bis 15. Oktober soll der Haushaltsentwurf dem Nationalrat vorgelegt werden. +++ +++ Zum neuen slowakischen Botschafter in der Schweiz wurde der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Statistischen Amtes S. Schill ernannt. Dieser Posten war seit 2002 unbesetzt. + Die Parteien Smer und außerparlamentarische Partei der Demokratischen Linken (SDL) beabsichtigen zu Jahresende zu fusionieren. Dies wurde von den Vorsitzenden beider Parteien – R. Fico (Smer) und L. Petrak (SDL) bestätigt. Ein möglicher Zusammenschluss von Smer auch mit der Sozialdemokratischen Alternative (SDA) wird auch besprochen. Das Ziel dieser Fusionen ist es, eine starke Alternative zur jetzigen Mitte-Rechts-Regierung zu bilden.

Bratislava, den 23. September 2004

Mária Lukáčová